



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/4 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in der Zeitung 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 136. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 21. März 1862.

## Telegraphische Nachrichten.

**London, 19. März.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Herr Gibson, daß die Regierung hoffe, die französischen Einfuhrzölle auf Salz würden bedeutend ermäßigt werden. Belgien hätte bisher noch nicht eingewilligt, dem englischen Handel dieselben Vergünstigungen zu gewähren, welche es vertragmäßig dem anderen Nationen bewilligt hätte, doch würde die Regierung darauf bestehen, daß die englischen Waaren bei ihrer Einfuhr in Belgien gleiche Erleichterungen im Zoll genießen sollten.

**Wien, 20. März.** Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht den Bericht der Staatsschuldencommission über den Stand der österreichischen Staatsschuld Ende April 1861, welcher eine Gesamtschuld von 2888 1/2 Millionen nachweist. Es hat dabei in dem letzten (dem Abschluß vorhergehenden) Halbjahre eine Vermehrung von 47 Millionen stattgefunden.

**Turin, 19. März.** Dem Journal „Italia“ zufolge geht das Gerücht, Farini würde das Portefeuille des Auswärtigen annehmen.

**Athen, 15. März.** Alle Verschwörungen der Rebellen in Nauplia sind durch die königl. Truppen genommen worden. Ein Anführer der Rebellen, Koroneo, und 2 andere Offiziere sind gefangen, alle ihre Kanonen fielen in die Hände der kgl. Truppen. Der Aufstand in Nauplia ist als beendet anzusehen.

**\*) (S. die kurze Meldung im Morgenblatte d. Ztg.)** Die kleine Garnison von Syra hatte sich mit Hilfe einiger namenlosen Leute eines Dampfeschiffes der hellenischen Gesellschaft bemächtigt. Eine königliche Fregatte begegnete demselben bei der Insel Rhodos und führte das Dampfeschiff mit sich. Die einen Augenblick gestörte Ordnung ist auf Syra wieder hergestellt.

Den Gefangenen auf Chalcis gelang es durch die Verrätherei ihrer Aufseher, aus dem Gefängnisse zu entfliehen. Ein Theil derselben wurde in Chalcis selbst wieder festgenommen, die übrigen haben sich genöthigt, sich den Behörden von Theben zu ergeben; alle kehrten bald wieder in das Gefängniß zurück.

Im ganzen Königreich herrscht vollständige Ruhe.  
**Paris, 20. März.** Der gesetzgebende Körper hat das von dem Deputirten Brame zur Adresse eingebrachte Amendement \*) bezüglich des Handelsvertrags mit England verworfen.

**\*) Das Amendement war nach dem „Moniteur“ eingebracht von Pouper-Duquertier, Jules Brame, de Wendel, Hanboing, Ameine, Le Clerc d'Osmonville, Kolb-Bernard und Marquis de Blossville und von Brame in der Sitzung vom 17. mit Vorlesung verschiedener Handelskammerberichte und anderer Documente, zu deren Mittheilung sich der Redner förmlich drängen ließ, unter lebhaftem Beifall eines Theils der Kammer motivirt worden. Es lautete:**

„Ew. Majestät kennt die großen Leiden, die unsere Haupt-Manufacturstädte heimlichen. Sie sucht durch die edelmüthigsten Geschenke dieselben zu erleichtern. Da aber denkende Köpfe (esprits sérieux) diese leidige Situation zum großen Theil der Einführung des englisch-französischen und französisch-belgischen Handelsvertrages zuschreiben, so richtet die Kammer eberbietigt die Aufmerksamkeit und Sorge des Kaisers auf diese gewichtige Frage. Sie bittet Ew. Majestät, eine Enquete über die wirklichen Resultate dieser Verträge anzuordnen, um den Ungewissheiten und Befürchtungen unserer arbeitssamen Bevölkerung, wenn sie nicht begründet sind, ein Ende zu machen.“

## Preußen.

**Der kgl. Erlaß an das Staats-Ministerium,** dessen telegraphische Analyse wir im heutigen Morgenblatt d. Ztg. gebracht, lautet wie folgt:

Ich beauftrage das Staats-Ministerium, wegen Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zum Landtage der Monarchie unverzüglich die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Es wird hierbei die Aufgabe Meiner Behörden sein, ebenso die gesetzlichen Vorschriften gewissenhaft zur Anwendung zu bringen, als auch den Wählern über die Grundsätze Meiner Regierung einen unzweideutigen Aufschluß zu geben und dem Einflusse von Verdächtigungen entgegenzutreten, welche die Unbefangenheit des öffentlichen Urtheils zu verwirren bezwecken, wie sich dies bei den letzten Wahlen gezeigt hat.

Ich halte unabänderlich fest an den Grundsätzen, welche Ich am 8. November 1858 dem Staats-Ministerium eröffnet und seitdem wiederholt vor dem Lande kund gegeben habe; sie werden, richtig aufgefaßt, auch ferner die Richtschnur Meiner Regierung bleiben. Aber die daran geknüpften irrtümlichen Auslegungen haben Verwickelungen erzeugt, deren glückliche Lösung die nächste Aufgabe Meiner gegenwärtigen Regierung ist.

In weiterer Ausführung der bestehenden Verfassung soll die Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen. Es kann aber ein heilbringender Fortschritt nur gedacht werden, wenn man, nach besonnener und ruhiger Prüfung der Zeitlage, die wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen und die lebensfähigen Elemente in den bestehenden Einrichtungen zu benutzen weiß. Dann werden die Reformen der Gesetzgebung einen wahrhaft conservativen Charakter tragen, während sie bei Ueberreizung und Ueberstürzung nur zerstörend wirken.

Es ist Meine Pflicht und Mein ernster Wille, der von Mir beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu sichern, in gleichem Maße aber auch die Rechte der Krone zu wahren und sie in der ungeschwächten Kraft zu erhalten, welche für Preußen zur Erfüllung seines Berufes notwendig ist und deren Schwächung dem Vaterlande zum Verderben gereichen würde. Diese Meine Ueberzeugung ist — Ich weiß es — auch in den Herzen Meiner Unterthanen lebendig, und es kommt nur darauf an, denselben Meine wahre Gesinnung für deren Wohl klar und offen darzulegen.

In Bezug auf Meine auswärtige und insbesondere Meine deutsche Politik halte Ich an dem bisherigen Standpunkte unverändert fest.

Das Staats-Ministerium hat dafür Sorge zu tragen, daß die vorstehend von Mir ausgesprochenen Grundsätze bei den bevorstehenden Wahlen zur Geltung gebracht werden. Dann darf Ich mit Zuversicht erwarten, daß alle Wähler,

welche Mir und Meinem Hause in Treue anhängen, Meine Regierung in vereinigter Kraft unterstützen werden.

Ich beauftrage das Staats-Ministerium, hiernach die Behörden mit Anweisung zu versehen und allen Meinen Beamten ihre besondere Pflicht in Erinnerung zu bringen.  
Berlin, den 19. März 1862.

## Wilhelm.

**A. Prinz zu Hohenlohe, von der Heydt von Roos, Graf von Bernstorff, Graf von Benplig, von Mähler, Graf zur Lippe, von Jagow.**

An das Staats-Ministerium.

**Berlin, 20. März.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem evangelischen Pfarrer Koch zu Kaufzig im Kreise Weiskene und dem Postverwalter Mayländer zu Halberstadt den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Kantor und Schullehrer Joseph Michael zu Sagan und dem Schullehrer Johann Wilhelm Schlupfoten zu Elberfeld das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Sec.-Lieut. in der schlesischen Artillerie-Brigade Nr. 6 Max Benno Robert Ottokar Richter unter dem Namen „Richter von Steinbach“ in den Adelsstand zu erheben; den Kreisrichter Kellerhoff in Paderborn zum Kreisgerichtsrath zu ernennen; und dem Rechtsanwält und Notar Menne in Nieheim den Charakter als Justizrath; sowie dem Kreisgerichts-Secretär Florian Grüger zu Neurode, im Regierungsbezirke Breslau, bei seinem fünfzigjährigen Dienstjubiläum, den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen. (St. A.)

[Lotterie.] Bei der heute beendigten Ziehung der 3. Kl. 125. fgl. Kl.-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Thlr. auf Nr. 41,190. 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 36,777. 2 Gewinne zu 2000 Thaler fielen auf Nr. 44,081 und 58,724. 2 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 23,528 und 46,961 und 9 Gewinne zu 100 Thaler auf Nr. 5865, 9731, 15,618, 16,496, 18,743, 26,740, 45,774, 64,325 und 71,223.

**Δ Berlin, 20. März.** [Die officiële „Sternzeitung“] läßt sich heute, wie wir bereits im Morgenblatte mittheilten, über die Auflösung des Landtages, sowie über das neue Ministerium und dessen mutmaßliches Programm des Weiteren aus. Indem wir uns vorbehalten, auf die veränderte Haltung dieser trefflichen Zeitung zurückzukommen, theilen wir unsern Lesern den Artikel mit und erlauben uns nur, vorläufig ihn mit einigen Einschaltungen zu begleiten. Der Artikel lautet:

„Die königliche Entscheidung, welche dem Ministerrathe eine veränderte Zusammenfassung gab, war, wie die jüngste Kammerauflösung, ein Akt, dessen Erklärung man nicht in sachlichen oder persönlichen Einzelgründen suchen darf, sondern ein Akt tiefinnerster Nothwendigkeit, (jedoch wirklich constitutionelle Organ der Presse in und außerhalb Deutschlands befreit in der entscheidenden Weise schon die Zweckmäßigkeit; „Nothwendigkeit“ und noch dazu „tieferinnerste“ giebt nicht einmal die „Kreuzzeitung“ zu.) die sich aus der allgemeinen politischen Lage, wie sie durch die jüngsten Abgeordnetenwahlen herbeigeführt worden, mit unverkennbarer Deutlichkeit herausstellte. Wir haben nicht die Absicht, hier die ungünstige Zusammenfassung und die belagerten Haltung des jüngsten Abgeordnetenhauses näher zu erörtern, aber wir müssen offen die Ueberzeugung aussprechen, daß die Kammer gewissermaßen mit der Bestimmung geboren war, ein Zerwürfniß mit der Regierung hervorzurufen, (eine der gegünstigsten Kammer!) Freilich verlangte sie nur den leichten Anfang des Entgegenkommens), und daß sie mit ersaumlichem Eifer sich der Aufgabe gewidmet hat, die Unmöglichkeit eines gezielten Fortschrittes auf der bisher verfolgten Bahn jedem Unbefangenen zur klaren Erkenntniß zu bringen. Schon aus den Wahlvorgängen konnte man auf die Bestimmung und Richtung des neuen Abgeordnetenhauses schließen. Offenbar ist doch in der Masse der Wählerischen alle Zeichen einer unheilvollen Verblendung, welche die Aussicht auf ein besonnenes Zusammenwirken mit der Regierung für die wichtigsten Angelegenheiten des Landes von vorn herein ausschloß: leidenschaftliche Empfänglichkeit für alle Rundgebungen, welche ohne Rücksicht auf rechtliche Bedenken und thatsächliche Schwierigkeiten augenblicklich unerreichbare Ziele oder praktisch unausführbare Ideale in den Vordergrund der Tagespolitik stellten, (nicht eine einzige Wählbarkeit hat das gethan!) merklie Bevorzugung der Männer, deren politisches Programm von allen Ueberlieferungen des monarchischen Preußens absehend, an die Bewegung der Jahre 1848 und 1849 anzuknüpfen suchte, (das hat wiederum nicht ein Einziger dieser Männer gethan!) dagegen mißtrauische Voreingenommenheit gegen die Freunde der Regierung, selbst wenn denselben nicht nur gediegene Sachkenntnis und praktische Erfahrung, sondern auch allgemein anerkannte Verdienste um die Entwicklung unseres Verfassungslebens zur Seite standen, endlich der wie nach übereinstimmender Parole organisierte Widerspruch gegen die bereits eingeleitete Heeresreform, (der Widerspruch war freilich vorhanden, aber nicht „organisiert“, sondern im vollsten Sinne des Wortes naturwüchsig) welche von der Weisheit des Monarchen, in Uebereinstimmung mit allen seinen Räten und mit den urtheilsfähigsten Sachmännern, als die unerläßliche Bedingung für die Machtstellung Preußens erkannt worden war.

Unter solchen Auspizien kam das Abgeordnetenhause zu Stande und es mußte dem Stuch seiner Geburt erliegen. (Eigentlich weiß heute noch Niemand, wem es erlegen ist.) Alles, was die Kammer an Intelligenz und Vaterlandsliebe, was sie, freilich in sehr bescheidenem Maße, an politischer Einsicht und staatsmännischer Besonnenheit besaß, konnte ihren angeborenen Mängeln nicht das Gegengewicht halten. Schon ihre Zerplitterung in zahlreiche Parteilagen, die fast bei keiner wichtigen Frage der inneren oder äußeren Politik zur prinzipiellen Uebereinstimmung gelangen konnten, bewies deutlich genug, daß sie nicht zu fruchtbringenden Schöpfungen, sondern nur zum Verneinen und Vernichten die Kraft hatte. Vergebens war daher das verblühende Entgegenkommen der Minister, vergebens war die Vorlage einer Reihe von Gesetz-Entwürfen, durch welche allen Unbefangenen die Gewissheit gegeben werden sollte, daß es der Regierung Sr. Majestät mit dem Ausbau der Verfassung auf der Bahn organischer Entwicklung (die trefflichen Gesetze über Ministerverantwortlichkeit und Oberrechnungskammer) und mit der Förderung des Fortschritts im Anschluß an die positiven Bedürfnisse des Landes aufrichtiger Ernst sei. Die Haltung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gegen die Krone, auch besser gestimmte Elemente ließen sich von der Fortschrittspartei fortreiben, war die des systematischen Mißtrauens (so vertrauensvoll die jetzige Kammer war, so mißtrauisch wird die nächste sein, und mit vollem Rechte), und schien ganz das Bewußtsein verloren zu haben, daß zu jedem Akte der legislativen Thätigkeit die Uebereinstimmung der Regierung mit den Beschläüssen der Landesvertretung erforderlich ist. So griff sie auch von vornherein in das Gebiet der auswärtigen Politik (aha!) hinüber, erging sich in leidenschaftlichen Debatten und nahm den Anlauf zu Resolutionen, welche den wohl erwogenen Bestrebungen der Regierung nur Schwierigkeiten bereiten konnten. Die Förderung der Finanzfragen schien einer geistlichen Verögerung anheim zu fallen, und man mußte mehr und mehr der Vermuthung Raum geben, daß die Opposition gegen die Heeres-Vorlagen vielmehr auf andere allgemein politische Beweggründe von weittragender Bedeutung sich stütze, als auf die spezifischen, aus gewissenhafter Beurtheilung der Sache selbst hergeleiteten Bedenken. Die Beschwörungen über angeblich (so!) erdrückende Steuerlasten, die Hindeutungen auf vermeintliche (so!) Erschöpfung der Landeskräfte schienen bereit, auf ein ausgeheiltes Lösungswort zu verstimmen, wenn die Regierung Sr. Majestät sich willig finden ließe, den Beschläüssen des Abgeordnetenhauses in der aus-

wärtigen, wie der inneren Politik, in der Handhabung der Verwaltung, wie in der Gesetzgebung, in der Zusammenfassung des Ministerrathes, wie in der Umgestaltung des Herrenhauses, einen entscheidenden Einfluß einzuräumen, d. h. die Fülle der Gewalt von der Krone auf das Abgeordnetenhause zu übertragen.“

Die „Nat.-Z.“ fügt hinzu: „Auf den Hagenschen Antrag legt der halboffizielle Artikel nach Allem geringen Werth. Daß das Abgeordnetenhause dem „Stuche seiner Geburt“ so oder so erliegen mußte, stand von vorn herein fest, und der zufällige Anlaß war im Grunde ganz gleichgültig. Mögen also diejenigen Mitglieder, welche noch immer laut behaupten, daß ohne diesen fatalen Antrag Alles vortrefflich hätte weiter gehen können, sich trösten. Auch die Anträge in der deutschen und italienischen Frage, welche ihre Fraction mit gestellt, waren unzulässige „Eingriffe in das Gebiet der auswärtigen Politik“. Wie die Verhandlung über den Hagenschen Antrag ergiebt, war Hr. v. Patom nicht der Meinung, daß derselbe ein Mißtrauensvotum enthalte, und man sagt, daß er auch noch nach der Annahme keine Cabinetsfrage daraus machen wollte, Hr. v. d. Heydt und seine Freunde aber mit dieser für alle Welt ziemlich übersehenen Ansicht durchdrangen. Der offiziöse Artikel geht darüber mit der kurzen Bemerkung hinweg, daß die Annahme „für jeden geübten politischen Blick“ ein unverkennbares Zeichen war, „daß die Kammer mit der Regierung brechen wollte“.

Zum Schluß meint die „Nat.-Ztg.“: „Stellt man jetzt die Hauptpunkte des Programms von 1858 als untergeordnete hin, und wird ein Ministerium ernannt, welchem die ausgesprochene Hauptaufgabe vorliegt, Hand in Hand mit dem Herrenhause und der Feudalpartei das Abgeordnetenhause herabzudrücken, so fällt dies System vollständig mit demjenigen zusammen, welches im November 1858 als unhaltbar aufgegeben wurde.“

Der Versuch, dieses System wiederzuerwecken, steht in dem heutigen Europa so völlig vereinsamt und ohne jede Stütze da, daß er nicht lange fortgesetzt werden kann, ohne unsern Staat dem Ruin nahe zu führen, und nothwendig scheitern muß.

**Berlin, 20. März.** [Ansprache der constitutionellen Partei.] Das Central-Wahl-Comite der Fraction Grabow richtet folgende Ansprache an die Wähler:

„In der schweren Krisis, in welche unser Staatsleben durch die am 11. d. Mts. erfolgte Auflösung des Abgeordnetenhauses getreten ist, mußte es für die constitutionelle Partei dringend geboten erscheinen, rasch und entschieden eine klare Stellung zu nehmen gegenüber der Regierung, gegenüber dem Lande. Aus der Erkenntniß dieser Nothwendigkeit ging das Programm vom 12. März hervor. Die Unterzeichner desselben hatten dabei zunächst den Zweck: darüber keinen Zweifel zu lassen, unter welchen Bedingungen allein die aus der Mitte der constitutionellen Partei hervorgegangenen Mitglieder des Staats-Ministeriums noch auf die Unterstützung dieser Partei zu rechnen hätten.“

Die Situation hat sich rasch geklärt. Die Herren v. Auerswald, Graf Schwerin, v. Patom, v. Bernuth, Graf Biedler sind aus dem Rath der Krone geschieden, die Herren v. d. Heydt, v. Roos, Graf Bernstorff sind geblieben. Das Land hat jetzt ein einheitliches Ministerium, dem gegenüber die Stellung der constitutionellen Partei nicht zweifelhaft sein kann. Ihre Aufgabe ist wesentlich erleichtert. Denn auch sie war mit entfernt, es als einen normalen Zustand zu betrachten, daß bewährte Vorkämpfer für ein verfassungsmäßiges Regiment in Verbindung mit Männern die Geschäfte des Landes leiten, welche demselben entweder keine Beweise ihrer Verantwortschaft gegeben, oder ihre früheren liberalen Grundsätze in der Mantelung des Reactionsperiode gepopt hatten. Auch die constitutionelle Partei ersehnte ein einheitliches liberales Ministerium. Nur freilich glaubte sie nicht, daß es der richtige, mindestens nicht der kürzeste und gefahrloseste Weg zu diesem Ziele sei, wenn die liberalen Minister von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses im Stich gelassen und ihre Widerstandsraft den andern gegenüber gelähmt würde. Die constitutionelle Partei, treu ihren Grundsätzen, mußte, so weit sie vermochte, dahin streben, daß die stetige Entwicklung unseres jungen Verfassungslebens ihren Fortgang nehme, daß wir — um des innern Friedens, um unserer Geltung nach Außen, um unserer nationalen Aufgaben willen — nicht abermals in gefährliche Krisen gestürzt würden. Sie beklagt es, jene stetige Entwicklung durch die neuesten Ereignisse gestört zu sehen. Aber sie verliert darum den Muth nicht, und nicht den Glauben an die Zukunft des Landes.“

In dem Augenblicke, wo dasselbe es in seiner Hand hat, durch die Wahlen die Rückkehr zu einer stetigen Entwicklung zu beschleunigen oder zu verzögern, legt ihm die constitutionelle Partei noch einmal ihre Grundsätze vor. Es sind dieselben, die sie zur Zeit des vereinigten Landtags gegenüber dem Aboluitismus, die sie 1849 gegenüber der Demokratie, die sie von 1850—1858 gegenüber der Corruption eines bürocratisch-reactionären Regiments verfochten hat. Sie will, was sie immer gewollt hat, ein starkes Königthum der Hohenzollern und die volle Geltung der dem Volke verbürgten Rechte, sie will „eine verfassungsmäßige, geredete und freisinnige Regierung“, sie will Beides nicht bloß um Preußens, sondern um Deutschlands willen, sie will den Fortschritt auf allen Gebieten, auch auf dem der militärischen Einrichtungen. Aber sie will für dieselben nur bewilligen, was nothwendig ist und was das Land, ohne Beeinträchtigung des Bedarfs für die übrigen Zweige der Verwaltung tragen kann. Sie will mindestens thatsächlich, im Wege der Verordnungen zu bewirkende Verközung der Dienstzeit, sie verlangt den Fortfall der Zuschlagsteuern und die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt-Etat. Sie will — und sie hat niemals eine andere eintreten lassen — eine durch spezielle Darlegungen begründete Bewilligung des Budgets. Sie will — ihr wiederholtes Drängen auf endliche vollständige Ausführung des von der Prüfung der Rechnungen handelnden Artikels der Verfassung hat es bewiesen — die wirksame Controle über die Verwendung der Staatsgelder. Sie erblickt „das Haupthinderniß einer freisinnigen und nationalen Politik in der gegenwärtigen Zusammenfassung des Herrenhauses.“ Sie beklagt im Interesse der Krone wie des Landes die gegenwärtige Wendung darum am lebhaftesten, weil sie die verfassungsmäßige Reform jener Institution verzögert, einer Institution, die in ihrer gegenwärtigen Gestalt, wenn es des Aufschwungs der Volksthrast zur Abwehr äußerer Gefahren bedarf, denselben lähmen wird, die, weil ohne Wurzel im Volk, in Zeiten innerer Stürme — die Gott von unserm Lande abwenden möge — nicht ein Schutz, sondern eine Gefahr für den Thron sein wird.“

Diese Gesinnungen, diese Grundsätze zu vertreten, für die Organisation derer, die sich zu ihnen bekennen, einen Mittelpunkt zu bilden, ist das unterzeichnete Central-Wahl-Comite der constitutionellen Partei gegründet worden. Indem es sein Programm hierunter nochmals folgen läßt, hofft es, daß alle, die sich zur constitutionellen Partei bekennen, Unterscheidungen und Spaltungen, die den Kern der politischen Grundsätze nicht berühren, fallen lassen, und sich um ihr altes Banner schaaren werden. Wie es in den Regionen der Regierung klar geworden, wie dort sich getrennt hat, was auf die Dauer unvereinbar war, so muß eine ähnliche Klärung auch in den Reihen des Volkes vorgehen, so müssen die drei großen Parteien des Landes: die feudale, die constitutionelle und die demokratische mit offenem Bist aufzutreten, damit die Krone, die an das Land appellirt hat, einen klaren Einblick gewinne, was die wahrhaftige Ueberzeugung des Landes ist. Nur wenn diese Klarheit nach allen Seiten hin durch die Wahlen gefördert wird, wird auch diese Krisis zum Segen des Vaterlandes gereichen.

Gott schütze es!

Berlin, 19. März 1862.

Das Central-Wahl-Comite der constitutionellen Partei.  
Das Central-Comite ignorirt, wie es scheint, absichtlich die „Fort-



